

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Interne Dienste

Herr Großhans, Telefon: 1210

Gesch. Z.: 10/

Vorlage 299/2009

Datum 13.07.2009

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Bericht über die Bürgerversammlung am 7. Juli 2009

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Zusammenfassung:

Am 7. Juli 2009 erläuterte die Verwaltung im Rahmen einer Bürgerversammlung die aktuelle Finanzlage der Universitätsstadt Tübingen. Die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer nutzten die Gelegenheit zur Diskussion mit der Verwaltung. Es wurden keine Meinungsbilder abgefragt.

Ziel:

Information des Gemeinderats über die Bürgerversammlung

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2009 beschlossen, die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Bürgerversammlung über die aktuelle Finanzlage der Universitätsstadt Tübingen zu informieren.

2. Sachstand

Die Bürgerversammlung fand am Dienstag, 7. Juli 2009, im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt. Vor ca. 180 Zuhörerinnen und Zuhörern schilderte die Verwaltung ausführlich die aktuelle Finanzlage der Stadt anhand folgender Eckpunkte:

- prognostizierte Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2009,
- Zusammensetzung der laufenden Ausgaben der Stadt,
- Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben,
- Entwicklung der Rücklagen und Kredite sowie
- Einflüsse von Beschlüssen auf Bundes- und Landesebene auf die städtische Finanzsituation.

Die Präsentation der Verwaltung steht zum Download auf der städtischen Homepage zur Verfügung.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger erhielten ausführlich Gelegenheit, Fragen an die Verwaltung zu stellen und Stellungnahmen abzugeben.

Folgende wesentlichen Aussagen und Anregungen wurden vorgebracht:

- Die Verwaltung wird mit dem Vorwurf konfrontiert, sie habe die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den kommunalen Haushalt erst nach den Kommunalwahlen öffentlich gemacht.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, in Arbeitsplätze bei der Stadt zu investieren.
- Die Wichtigkeit des Sportplatzes Holderfeld für den Sport, die Geschwister-Scholl-Schule, für die Waldorfschule und die Kinder- und Jugendarbeit auf Walldhäuser-Ost wird betont.
- Die Infrastruktur und die Strukturen der öffentlichen Verwaltung in den Stadtteilen sollten hinterfragt werden.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, keine Tabus aufzustellen.
- Es wird angeregt, mehr Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft zu geben; dadurch spare die Stadt Geld.
- Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wird gefordert.
- Es wird die Forderung aufgestellt, nur an den Stellen zu sparen, an denen durch die Einsparungen keine Folgekosten entstehen; nicht geeignet zum Sparen seien Aufgabenfelder wie Jugendkultur und -betreuung.
- Eine Grundsteuererhöhung wird abgelehnt, weil sie ein Investitionshemmnis darstelle.
- Ein gutes Gleichgewicht zwischen Qualität und Quantität bei der Kinderbetreuung wird gefordert.
- Eine Reduzierung der Anzahl der Beigeordnetenstellen wird vorgeschlagen.
- Die Verwaltung wurde gebeten, darauf zu achten, dass nicht diejenigen, die am lautesten schreien, auch am meisten Geld bekommen.
- Angesichts der weltweiten Defizite der öffentlichen Haushalte wird die Verwaltung aufgefordert, mehr Schulden zu machen, um im Falle einer Hyperinflation als Stadt bei den Gewinnern zu sein.

Meinungsbilder wurden im Rahmen der Bürgerversammlung nicht abgefragt.